

10. SITZUNG DES GROSSEN GEMEINDERATES DONNERSTAG, 9. APRIL 2015

AMTSDAUER 2014-2018

AMTSJAHR 2014/2015

VON YOUNGSTERS UND OLDIES - BUT GOLDIES?

KLAPPE – DIE LETZTE

Bevor Ratspräsidentin Brigitte Röösl, SP, den Platz auf dem sogenannten „Bock“ (der Platz wird umgangssprachlich so genannt, da die Ratsleitung während der Sitzung etwas erhöht sitzt) räumt, leitete sie an diesem Abend nochmals eine Sitzung, an welcher sich die Ratsmitglieder teils in kontroversen Debatten übten – um nicht zu sagen verstrickten. Hier ein Versuch, etwas Ordnung ins „Fadenzeiuli“ zu bringen.

Wie es das Protokoll vorschreibt, war Brigitte Röösl, SP, für ein Amtsjahr faktisch und (un)bescheiden die „Höchste Illnau-Effretikerin“. Sie präsidierte das Legislativorgan (in der Stadt Illnau-Effretikon bildet der Grosse Gemeinderat bzw. das Stadtparlament die Volksvertretung) im ersten Amtsjahr der laufenden Legislatur 2014-2018. Jeweils im Mai wählt das Plenum dann das nächste „Ratsbüro“, wobei damit nicht ein Büro im herkömmlichen Sinne eines Arbeitsraumes gemeint ist: Der etwas altertümlich anmutende Ausdruck steht für die Geschäftsleitung des Parlamentes, das nebst dem Präsidium aus einem ersten und einem zweiten Vizepräsidium, drei Stimmenzählenden, dem Ratssekretären und dem Ratsweibel besteht. Diese Positionen (ohne Ratssekretariat und Weibeldienst) werden alljährlich anlässlich der sogenannten konstituierenden Sitzung mit neuen Mitgliedern aus den Reihen des 36-köpfigen Spruchkörpers besetzt.

Bevor es nun aber soweit ist, widmete sich das beinahe vollzählig versammelte Stadtparlament (bei nur einer Absenz) einer [Traktandenliste](#) mit Geschäften, zu denen Entscheide für die weitere Bearbeitung anstanden.

UNFAIRE FEUERWEHRBESOLDUNG

Der Stadtrat legte im Vorfeld seine [Antwort](#) zu einer [Interpellation](#) von Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnenden vor. Interpellant Gut forderte vom Stadtrat Hintergründe zur Entlöhnung der Korpsangehörigen der Feuerwehr und monierte insbesondere den Umstand, dass städtische Angestellte, die gleichzeitig der Feuerwehrmannschaft angehören, gegenüber anderen Mitgliedern benachteiligt werden. Die Stadt entrichtet den üblichen Sold, gewährt ihren feuerwehrendienstleistenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber gleichzeitig die dafür benötigte Arbeitszeit und bringt diese bei den Betroffenen nicht in Abzug. Urs Gut empfindet diesen Umstand als unfair – auch nachdem der Stadtrat in seiner Antwort mitteilte, dass er aus guten Gründen an diesem Grundsatz festhalten wolle. Allenfalls animiert diese Massnahme gar andere Firmen, es der Stadt gleich zu tun.

„Schade. Der Stadtrat hat eine Chance verpasst, eine Gelegenheit zu nutzen, das System zu überdenken und es einer Neuregelung zuzuführen. Wenn die bisherige Lösung schon so lange besteht, dass man sich nicht mehr daran erinnern kann, weshalb man sie einst überhaupt eingeführt hat, scheint mein Anliegen umso mehr berechtigt“, meinte der Urheber des Vorstosses in seiner ihm zuständigen Schlussklärung.

Da bei Interpellationen (anders als bei Postulaten oder Motionen) jegliche weitere Beschlussfassungen ausgenommen sind, ist der Vorstoss somit vorderhand erledigt.

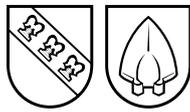
Kontaktperson

Marco Steiner
Direkt 052 354 24 16
marco.steiner@ilef.ch

Stadthaus

Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
Fax 052 354 23 23
gemeinderat@ilef.ch
www.ilef.ch



WORTHÜLSEN

Zum nächsten Traktandum: Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, und Mitunterzeichnende, fordern im Rahmen einer [Interpellation](#) vom Stadtrat einige Begriffsklärungen und Ausführungen zu Definitionen, die er im [Schwerpunktprogramm](#) der laufenden Amtsdauer darlegt. Um den Finanzhaushalt im Lot zu halten, bedient sich der Stadtrat einiger Massnahmen und Ziele, die im Positionspapier nach Ansicht von Zimmermann zu verklausuliert oder in der Gestalt von Worthülsen daher kommen. Der Stadtrat wird die vorgebrachten Fragen schriftlich beantworten und klären. Er hat dazu drei Monate Zeit.

NEUE BANDEN – FÜRS EISSPIELFELD IM SPORTZENTRUM

Der Grosse Gemeinderat bewilligte nun doch noch einen Kredit von Fr. 145'000.- für den Ersatz der Banden, die rund um das Eisfeld im Sportzentrum verlaufen. Dies nach dem das Parlament sich diese Entscheidungskompetenz im Rahmen der vergangenen Budgetdebatte in der Form eines sogenannten „Sperrvermerkes“ gesichert hatte. Der Stadtrat hätte diese Ausgabe ursprünglich in seinem eigenen Ermessen beschliessen können – dem Parlament schien die Ausgangslage aber zu unklar dargelegt und verlangte vom Stadtrat, dass ihm das Geschäft zur Genehmigung zu unterbreiten sei. Der Stadtrat legte das [Geschäft](#) nun dem Gemeinderat vor. Die vorberatende Geschäftsprüfungskommission kam zum [Schluss](#), dass die Ausgabe - nicht zuletzt aus sicherheitstechnischen Gründen - gerechtfertigt scheint. Das Plenum folgte dieser Empfehlung mit grossem Mehr und stützte den Antrag, zumal übergeordnete Bestimmungen mit der gegenwärtigen Ausführung nicht mehr konform sind und der dringende Handlungsbedarf ausgewiesen ist.

VON JUNGEN UND ALTEN

Gemeinderätin Raffaella Piatti, JLIE, stellte die altgediente Ordnung im Rat im Rahmen der Begründung ihrer eingereichten [Interpellation](#) kurzerhand auf den Kopf, als sie ihre Interpellation zur Jugendarbeit begründete. Der Rat gliederte sich für eine Sekunde seines eigenen Schreckens nicht mehr in Fraktions- oder Parteizugehörigkeiten, sondern wurde durch die Junggemeinderätin in die Kategorien „Jung und Alt“ eingeteilt.

„Als junge Politikerin sehe ich mich oft mit dem Vorurteil konfrontiert, wonach ich eh' nur jung sei und noch nichts verstehe und wisse“, begann Piatti ihr Votum. „Im Gegensatz zu Ihnen bin ich etwas, was Sie alle nicht mehr mit mir teilen: Ich bin jung... und die Wenigsten von Ihnen, frequentierten den Jugendtreff Funky in Illnau – ich tat es“.

Das Verlegenheitslachen blieb der einen oder anderen Anwesenden wohl im Halse stecken – mindestens war der wohl unfreiwillig entstandene Moment der Stille so zu interpretieren. Raffaella Piatti brach nicht nur mit ihrem Vorstoss – sondern auch mit ihrem Votum – eine Lanze für die Jugend. Die Lanze liess sie aber mit einem lauten Knall brechen. „Oft haften den Jugendlichen Klischees an, wonach diese eh nur zu viel rauchen und trinken – und ich behaupte, viele der Versammelten in diesem Saal tun dies heute noch...“. Moments of silence and laughter, Part 2.

Piatti möchte dem Stadtrat die Möglichkeit geben, aufzuzeigen, wie die Stadt die Jugendarbeit gegenwärtig und künftig (in Anbetracht des laufenden Sparpaketes und des möglichen Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses mit Kyburg) ausgestaltet. Der Stadtrat wird diese Fragen schriftlich beantworten.

Ob jetzt bewusst oder unbewusst, gewollt oder nicht ungewollt: Die doch etwas zahlreich vertretenen Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne konnten sich wohl des Eindruckes nicht erwehren, dass sich die heutige Debatte etwas in Richtung des Mottos „Jung vs. Alt“ entwickelte. Mindestens kamen einige Gemeinderäte in ihren weiteren Voten nicht umhin, sich mit einem zwinkernden Auge auf den dargelegten Altersunterschied zu referenzieren und dafür ausgleichend auf die erhöhte politische Erfahrung zu pochen. „Immerhin bin ich seit 2002 im Parlament und war bis 2011 in der Rechnungsprüfungskommission“, meinte Gemeinderat André Büecheler, SVP, an einer Stelle im weiteren Verlauf voller Stolz. Irgendwie schien das ursprüngliche Klischee am Ende des Abends unfreiwillig bestätigt.

Gemeinderat Andreas Hasler entschuldigte sich für seine etwas tiefer oktavierte Stimme. „Das ist im Übrigen nicht auf extensives Rauchen und Trinken zurückzuführen. Es gibt dafür auch noch andere Gründe – und ich meine nicht das Kiffen...“, meinte Hasler mit einer Portion Ironie und offenbar an einer Erklärung krankend.



POSTULAT ZUM KUNSTSTOFF-RECYCLING – KEIN RECYCELTER VORSTOSS

Auch Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, umwarb ihr [Postulat](#) zur Durchführung eines Pilotprojektes im Bereich des Kunststoffrecyclings mit hörbarer Erkältung, aber nicht minder erfolgreich. Gemeinsam mit Gemeinderat Urs Gut, GP, verlangt sie vom Stadtrat, dass dieser eine entsprechende Vorlage ausarbeitet. Mit der Sammlung und der Wiederverwertung von Plastikabfällen lässt sich die Abfall- und Umweltbilanz massiv verbessern. Das Parlament überwies dem Stadtrat den Vorstoss mit grossem Mehr, obschon Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, und eine Reihe weiterer Redner von einer Überweisung abrieten. „Bund und Kanton sind bereits am Ball und empfehlen den Gemeinden, hier nicht vorzugreifen“. Es half nichts. Der Stadtrat wird eingeladen, Massnahmen zu prüfen und Fragen zu klären.

DIE EMOTIONEN MIT DER MOTION

Mehrere „Erstunterzeichnende“ und zahlreiche Mitunterzeichnende um Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, wollen den Stadtrat verpflichten, Massnahmen für „gesunde Finanzen“ mit entsprechenden „Leitplanken“ zu verankern. Übersetzt heisst das, dass in der städtischen Gemeindeordnung (also im kommunal höchsten Normerlass) eine Schuldenbremse verschriftlicht werden soll. Die eingereichte [Motion](#) (der stärkste mögliche parlamentarische Vorstoss) zielt auf eine Änderung der [Gemeindeordnung](#). Solche müssen durch das Stimmvolk genehmigt werden. Dieses Beispiel könnte dem Staatskundeunterricht mit Praxisbezug dienlich sein: An einem Fall kann ein politischer Prozess durch beinahe alle Stufen abgehandelt werden. Vor allem wenn man bedenkt, dass eine - zu einem früheren Zeitpunkt durch Gemeinderat Käppeli eingereichte - vorgelagerte [Interpellation](#) den Weg dafür geebnet hat.

Trotz dem exemplarischen Beispiel: Der Stadtrat liess sich für die Überweisung nicht gewinnen. Für Motionen nichts Ungewöhnliches. Dem Stadtrat war es aber ein Bedürfnis zu erklären, dass er – wie bereits bei [anderer Gelegenheit](#) ausgeführt – schon heute auf einen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen achtet und die Situation unter Kontrolle weiss. Die Stadtregierung hat die Zeichen der Zeit erkannt und diverse Massnahmen ergriffen, um den Haushalt proaktiv im Lot zu halten. Nur ein Stichwort: [Sparpaket](#) usw. Eine Bestimmung in der Gemeindeordnung braucht es dafür nicht.

Als des Messers schneidende Punkt erwies sich am Schluss eine Bestimmung, die festlegt, wonach Abweichungen von den festgelegten Normen mit einer Zweidrittels-Mehrheit durch den Grossen Gemeinderat zu genehmigen wären. „Ein Demokratieabbau erster Güte“, schallte es von hüben – „eine verantwortungsvolle Massnahme“ von drüben.

Die Reihen des Parlamentes verlangten nach einer Pause, um sich zur weiteren Beratung zurückzuziehen. Ein Teil der Gemeinderäte zeigte Bereitschaft, dem Vorstoss zur Überweisung zu verhelfen (angesichts der Zahl der Mitunterzeichnenden mutmasslich wohl gar nicht nötig), wenn dieses Schwellenquorum abgeschwächt werde.

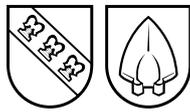
Krux: Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, war fortan zum vermeintlichen Schweigen verdammt, da er bereits zu oft ans Rednerpult trat, als es ihm die Geschäftsordnung zugestand. Zu einem Gegenstand darf im Rat nicht mehr als zweimal das Wort durch dieselbe Person ergriffen werden. In strenger Auslegung der [Geschäftsordnung](#) wurde auch der Stadtrat von der weiteren Diskussion freundlich aber bestimmt ausgeladen.

Die förmliche Ungeduld war dem Votum von Gemeinderat Daniel Hari, EVP, dann auch unüberhörbar zu entnehmen. „Was diskutieren wir hier noch lang? Der Vorstoss wird angesichts der per Unterschrift geleisteten Unterstützungen ohnehin überwiesen. Ich bin so oder so mit der Lösung nicht einverstanden – glaube aber auch nicht, dass mein Votum dazu beitragen wird, Meinungen noch umzukehren“.

Der Ratssaal erlebte kurze Momente der totalen Verwirrung, als es darum ging, am finalen Vorstosstext zu feilen – Rösli hatte alle Hände (und Mikrofonschalter!) voll zu tun, die Votanten in Schach zu halten und den geordneten Ratsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Nachdem Ratspräsidentin Rösli versuchte, Begriffe wie „absolutes Mehr“ und dergleichen zu interpretieren und zu definieren, einigte sich der Rat in Absprache mit den Urhebern des Vorstosses darauf, dass es für die Genehmigung von Abweichungen die Hälfte der Zahl des Parlamentsbestandes plus eine Stimme bedarf – unerheblich davon, wie viele Ratsmitglieder letztlich anwesend sind. Das Parlament überwies die Motion mit 22 zu 11 Stimmen; gegen Willen des Stadtrates.

Letzte Klarheiten beseitigt? Gut.



KEIN PARK AM FLUSS

Chancenlos blieb Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, mit einem [Postulat](#), welches einen Park am Fluss in Illnau forderte. Der Gemeinderat verweigert die weitere Überweisung mit 20 zu 12 Stimmen.

Vor diesem Verdikt versuchte Schmausser, das Parlament für eine positive Unterstützung zu gewinnen. So fehle es im Zentrum von Illnau an einem Platz, wo Eltern mit ihren Kindern (beispielsweise nach ihrem Einkauf) verweilen könnten. Andere Spielplätze scheinen eher schlecht bzw. lieblos ausgestattet und daher auch selten frequentiert. Eine Fläche im kürzlich [umgezonten Gebiet Längg-Ost](#) würde sich hier für eine entsprechend kreative Ausgestaltung anbieten. Der Stadtrat sah dies anders. Das Grundstück soll in nächster Zeit überbaut werden; zudem wirken übergeordnete Regulationen bei der Gestaltung im Gewässerbereich eher einschneidend. Das Anliegen wird angesichts der gegenwärtigen finanziellen Lage eher dem „Wünschbaren“ zugeordnet.

Schmausser vermisste beim Stadtrat einen gewissen Gestaltungswillen und zeigte sich enttäuscht, dass dieser bereits ähnlich gelagerte Vorstösse ablehnte, wenn sich auch inzwischen die Gegebenheiten verändert hätten. Der Platz hätte unter Einbezug verschiedener Interessengruppen kostengünstig realisiert werden können, zeigte sich Schmausser überzeugt.

Mit einem energischen letzten Schlag auf die Ratsglocke beendete Brigitte Rösli ihre finale ordentliche Sitzung als Präsidentin. Die konstituierende Sitzung im Mai wird sie zwar noch eröffnen, nach ihrem Rückblick auf das vergangene Amtsjahr - und sobald das Plenum ihren Nachfolger bestimmt hat - wird sie dann als „normales“ Mitglied ihren angestammten Sitzplatz („unten“ im Saal) einnehmen.

Die konstituierende Sitzung findet am 21. Mai 2015 statt.